Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern d s Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Pors. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 134 | Montag, den 14. Mai | Jahrgang 1928

Der Wandel der volksparteilichen Politik.

Je näher wir dem Wahltermin entgegengehen, umso mehr häufen sich in Wort und Schrift die Betrachtungen über die künftigen Koalitionsmöglichkeiten. Es ist sehr interessant, daß bemerkenswerte Stichworte für eine solche Debatte gerade von Politikern der Deutschen Volkspartei gegeben worden sind. Sowohl der Außenminister Stresemann wie der Wirtschaftsminister Curtius haben in verschiedenen Versammlungen dieses Thema berührt. Diese beiden Persönlichkeiten sind keine beliebigen Politiker. Man darf wohl annehmen, daß sie als Mitglieder der gegenwärtigen Regierung sich doch wohl auch ein Bild über die künftige Gestaltung einer Reichsregierung gemacht haben. Und da ist es weiterhin im höchsten Grade beachtlich, daß die beiden genannten volksparteilichen Minister das Thema der Großen Koalition angeschnitten und diese selbst befürwortet haben. Und zwar nicht nur für das Reich, sondern auch für Preußen! Und dieses gleiche Thema ist dann von den kleineren Göttern und Geistern der Deutschen Volkspartei in derselben Weise weitergesponnen worden.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird in der Tat das Ergebnis der kommenden Wahlen der Bildung der Großen Koalition günstig sein. Es scheint sich auch jetzt schon zu ergeben, daß die Deutschnationalen aus der künftigen Regierungsbildung ausfallen und infolgedessen demnächst in Opposition stehen werden. Während aber früher die Deutsche Volkspartei auch nur den Gedanken der Koalition verwarf, während sie sogar über den Bemühungen, eine solche Regierungsgemeinschaft zu schaffen, Krise über Krise hervorrief und selbst Regierungen zerschlug, scheint sie jetzt andere Wege wandeln zu wollen. Denn von einem verantwortlichen Politiker der Deutschen Volkspartei hört man heute nicht mehr wie früher, daß die Deutsche Volkspartei nur mit den Deutschnationalen zusammengehen und ein gemeinschaftliches Arbeiten mit den Sozialdemokraten ablehnen würde. Um dieser Idee willen hat die Deutsche Volkspartei eine ganze Reihe von Krisen heraufbeschworen und sich damit zu einem parlamentarischen Gebilde entwickelt, das man zuletzt garnicht mehr anders denn als Krisenpartei bezeichnen könnte. Wenn die Deutsche Volkspartei davon abkommen würde, so wäre das ohne Zweifel ein Fortschritt der Gesundung im Sinne unserer innenpolitischen Verhältnisse. Es geht nun einmal nicht an, daß man arbeitswillige, für die Gestaltung der Staats- und Reichsverhältnisse sich verantwortlich fühlende Kräfte bewußt von der Mitarbeit fernhält, lediglich um eines parteipolitischen Dogmas willen. Sicherlich ist es andererseits auch ein Unding, daß eine große Partei, die diesen Staat zu einem guten Teil als ihre Schöpfung betrachtet, sich selbst von der verantwortlichen Mitarbeit ausschaltet. Niemand, der positiv mitarbeiten will, soll und darf abgestoßen werden. Die Deutsche Volkspartei hat das Experiment mit den Deutschnationalen gemacht. Man mußte Verständnis dafür aufbringen, denn sie hatte ein Interesse daran, den Nachweis zu führen, daß die Deutschnationalen, einmal mit der Regierungsverantwortlichkeit belastet, auch keine andere und bestimmt keine bessere Arbeit zu leisten vermögen, sodaß sie also sich selbst widerlegt haben. Dieses Ziel dürfte erreicht sein, beziehungsweise durch das Wahlergebnis erreicht werden, denn daran kann kein Zweifel sein, daß die Deutschnationalen nunmehr ihre Regierungsmitarbeit mit dem Verlust an Wahlstimmen und Mandaten werden bezahlen müssen. Eine solche Entwicklung, die von der Phrase zum Realen führt, kann nur der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mitte zugute kommen.

Damit würden in der Tat die Wege für die Große Koalition geebnet. Ohne daß wir den kommenden Dingen in irgend einer Weise vorgreifen wollen, möchten wir nur zum Ausdruck bringen, daß eine solche Entwicklung tatsächlich uns die Beruhigung und Festigung des heutigen Staates zu gewährleisten scheint. Das war ja die große, und wie sich heute immer deutlicher erweist, durchaus richtige Idee des Reichskanzlers Marx, als er den Gedanken der Volksgemeinschaft propagierte. Seine Verwirklichung ist allerdings gescheitert bisher an dem Verhalten der Deutschen Volkspartei. Es wäre geradezu ein Akt politischer Sühne und ausgleichender Gerechtigkeit, wenn nun die Deutsche Volkspartei selbst diese Volksgemeinschaft, der sie bisher immer widerstrebte, nunmehr in ihrem eigensten Interesse die Wege ebnen müßte. Einen größeren Triumph könnte sich die staatsmännische Arbeit des Zentrums, das diese Entwicklung schon seit Jahren anstrebt, wohl kaum denken.

Ob die Dinge mit der Großen Koalition nun kommen mögen oder nicht, vermögen wir in diesem Augenblick naturgemäß nicht zu sagen. Das Zentrum jedenfalls behält sich jegliche Entscheidung vor. Das ewige Krisenmachen der Deutschen Volkspartei haben wir satt. Wenn sich die Deutsche Volkspartei mit uns wieder in eine Gemeinschaft begeben will, dann werden wir nach allen bisher gemachten Erfahrungen doch Garantien gegen diese wiederholt das ganze Staatsgefüge in Gefahr bringende Krisenmachereien verlangen müssen. Andererseits aber sollen auch die Sozialdemokraten nicht glauben, daß sie so leichten Kaufs zu dem Erfolg der Großen Koalition kommen. Was sie den Deutschnationalen, zum guten Teil mit Recht, vorhalten, nämlich, daß sie eine zweideutige Politik machten, indem sie sich anders verhielten in der Regierung und anders gegenüber ihren Wählern, müssen die Sozialdemokraten nun auch gegen sich selber gelten lassen. Sie ließen sich bisher viel zu viel von der Agitationspolitik beherrschen, und diese Taktik müßte unter allen Umständen aufgegeben werden, wenn eine auf gegenseitiger Wahrheit und Ehrlichkeit aufgebaute Arbeitsgemeinschaft zustande kommen soll. Denn das ist das entscheidende: Klarheit, Wahrheit und Ehrlichkeit. Wer diesen Erfordernissen nicht entsprechen kann oder will, wird von uns im Zentrum als Partner abgelehnt. Das Volk muß Vertrauen haben können zu denjenigen, die es als Sachwalter seiner Interessen durch die Wahl berufen hat, und das Zentrum wird dafür sorgen, daß dieses Vertrauen nicht enttäuscht wird.

Ob nun die sogenannte Große Koalition kommt oder nicht: Das Zentrum wird, welche Regierungsbildung auch immer entstehe, sich als der getreueste Anwalt und Hüter der Interessen der Gesamtheit erweisen.

Einstellung der japanischen Offensive.

Japanische Forderungen an China.

▲ **Tokio,** 12. Mai. Auf Anordnung des japanischen Kriegsministers wird die japanische Offensive in China mit der Besetzung der Tsinanfu-Schantung-Bahn vorläufig eingestellt. Gleichzeitig werden der Nanking-Regierung folgende Forderungen vorgelegt: Voller Ersatz für jeden Materialschaden sowie Bestrafung sämtlicher an diesen Zerstörungen beteiligten Soldaten und Offiziere. Sollten diese Forderungen angenommen werden, wird sich Japan mit der soweit besetzten Zone als Sicherheit für die Erfüllung seiner Ansprüche begnügen. Die von China vorgeschlagene Vermittlung des Völkerbundes wird abgelehnt. Japan hat weitere Truppenverstärkungen nach Schantung entsandt.

★

Die Pekingregierung will mit Südchina Frieden schließen.

)!(**Peking,** 12. Mai. Der Ministerpräsident der Pekingregierung hat im Namen des Marschalls Tschangtsolin an das chinesische Volk einen Aufruf gerichtet, in dem erklärt wird, daß die Regierung die Absicht habe, mit dem Süden Frieden zu schließen. Der Norden habe keine Absichten auf das der Südregierung unterstellte Gebiet. Tschiangkaischek wird zu einer Besprechung eingeladen, um die Möglichkeiten des Friedensschlusses zu erwägen. Dieser Aufruf ist von der Pekingregierung auch dem Doyen des diplomatischen Korps zur Kenntnisnahme unterbreitet worden. Der japanische Gesandte erklärte, Japan wäre bereit, die Rolle des Vermittlers zwischen dem Süden und dem Norden zu übernehmen, um den Bürgerkrieg beizulegen.

★

Die Nankingregierung lehnt Verhandlungen um Kriegseinstellung ab.

△ **Peking,** 13. Mai. Die Nankingregierung hat Verhandlungen mit der Pekingregierung über die Einstellung des Bürgerkrieges abgelehnt. Sie erklärte, Peking unterstütze die Maßnahmen Japans gegen die südchinesische Regierung. Sie werde den Feldzug weiter fortführen. Der Kongreß der Kuomintang in Schanghai hat beschlossen, der Nankingregierung das Vertrauen auszusprechen.

★

Die Südarmee im Eilmarsch auf Peking.

◆ **Tokio,** 13. Mai. Nach Einstellung der chinesisch-japanischen Kämpfe rückt die Südarmee mit überraschender Schnelligkeit gegen Peking und Tientsin vor. Mongolische Kavallerietruppen des Generals Fengyuhsiang wurden bereits 100 Kilometer südlich Tientsins gesichtet. Das Gros der Südarmee hat im großen Bogen das von den Japanern besetzte Tsinanfu umgangen. Die Truppen Tschangtsolins haben neuerdings an verschiedenen Punkten Widerstand geleistet. Ein neuer Konflikt wird befürchtet, da japanische Truppensendungen zum Schutze Pekings unmittelbar bevorstehen.

★

Die Verluste der Japaner.

)(**Schanghai,** 12. Mai. Aus Tsingtau wird gemeldet: Seit dem 3 Mai haben die japanischen Truppen in Schantung 40 Offiziere und Mannschaften an Toten und 143 an Verwundeten verloren. 67 von den Verletzten sind schwer verwundet.

★

Jede unmittelbare Gefahr beseitigt?

+ **Paris,** 13. Mai. Havas berichtet aus Tokio: Ministerpräsident Tanaka erklärte der Presse, daß er den zuständigen Behörden Weisung erteilt habe, damit die Angelegenheiten in Tsinanfu auf diplomatischem Wege geregelt werden, da jede unmittelbare Gefahr nunmehr beseitigt sei.

★

Beschießung der Forts von Amoy.

Amoy, 13. Mai. Der Kreuzer „Haichi" der Nordtruppen drang heute morgen gegen 3,30 Uhr in den Außenhafen ein und beschoß die Forts, die von den nationalistischen Truppen besetzt sind. Die Beschießung richtete keinen Schaden an. Die Artillerie der nationalistischen Truppen erwiderte etwas verspätet das Feuer, doch ebenfalls ohne Ergebnis. Es verlautet, der Kreuzer „Haichi" erwarte jetzt außerhalb des Hafens den Dampfer „Vale", der Munition ausgeladen hat und von dem man glaubt, daß er noch weitere Munition, für Schanghai bestimmt, an Bord habe.

★

Tod des chinesischen Außenministers.

:»: **Peking,** 12. Mai. Die chinesischerseits verbreitete und von den Japanern ursprünglich bestrittene Meldung vom Tode des chinesischen Außenkommissars Tsaikungschih in Tsinanfu wird jetzt von den Japanern als wahrscheinlich richtig bezeichnet. Es heißt, daß der Kommissar in Begleitung einer Gruppe chinesischer Soldaten versuchte, sich seinem von japanischen Soldaten besetzten Büro zu nähern und daß er mit seinen Begleitern durch eine japanische Maschinengewehrgarbe niedergemäht wurde.

Hindenburg weist die Deutsche Volkspartei zurecht.

▲ **Nordhausen,** 12. Mai. Auf eine Anfrage aus Nordhausen in Berlin, ob die Deutsche Volkspartei berechtigt sei, sich als die „Partei Hindenburgs" zu bezeichnen, antwortete das Büro des Reichspräsidenten, daß der Reichspräsident der Deutschen Volkspartei nicht angehöre und der Vorstand der Deutschen Volkspartei, Kreisverein Nordhausen, nicht berechtigt ist, die Deutsche Volkspartei als „Die Partei Hindenburgs" zu bezeichnen. Der Reichspräsident ist bei keiner Partei Mitglied.

Die Deutschnationalen haben bekanntlich ein Flugblatt verbreitet, auf dem es heißt: „Nur Macht dem Reichspräsidenten". Das ist eine Parole, von der sie selber wissen, daß für ihre Verwirklichung sich in keinem Parlament die erforderliche Mehrheit finden wird, und die umso unehrlicher ist, als die Deutschnationalen in den 1¼ Jahren ihrer Regierungstätigkeit keinen Schritt unternommen haben, dieses angebliche Ziel, das sie ihren Wählern jetzt im Wahlkampf vorheucheln wollen, zu erhalten. Der Reichspräsident von Hindenburg, dessen Amtsführung bisher in voller Uebereinstimmung mit der Reichsverfassung unparteiisch ist, hat denn auch, wie bekannt geworden ist, den Deutschnationalen sein Mißfallen gegenüber dem neuesten Wahlplakat, das mit seinem Namen Mißbrauch treibt, zum Ausdruck gebracht.

Der Eifer der Deutschnationalen hat natürlich die Deutsche Volkspartei nicht ruhen lassen. Ein volksparteiliches Flugblatt mit dem Kirchturm, vor den sich ausgerechnet die Deutsche Volkspartei schützend zu stellen vorgibt, und das „poetische" Blatt: „Was gehen mich die andern an, ich wähle Gustav Stresemann" haben offenbar noch nicht den erwarteten Eindruck auf die Wählermassen gemacht. Darum versuchte man jetzt in Nordhausen nach deutschnationalem Muster den Reichspräsidenten als den Mann der Deutschen Volkspartei zu reklamieren. Nun muß, wie oben gemeldet, die Deutsche Volkspartei es sich aber gefallen lassen, ebenso wie die Deutschnationalen, sich eine deutliche Abfuhr seitens des Reichspräsidenten zu holen. Auf eine Rückfrage in Berlin hat Staatssekretär Meißner nach Vortrag beim Reichspräsidenten die obige Antwort gegeben.

Besuch Benesch's in Berlin.

✓ **Berlin,** 12. Mai. Der tschechische Außenminister Benesch hat wissen lassen, daß er auf der Rückreise von London in Berlin Station machen will. Das Datum seiner Ankunft steht noch nicht fest. Es wird sich nicht um eine politische Konferenz handeln, sondern der ganze Besuch trägt vorwiegend privaten Charakter. Es ist auch nicht ein Programm etwa zu behandelnder Themata festgesetzt.

Der Berliner Korrespondent des Tschechoslowakischen Pressebüros bemerkt zu der Meldung über die Reise und die an sie geknüpften Kombinationen: Tatsache ist nur so viel, daß Dr. Benesch bei der Rückkehr von seinem Urlaub, den er jetzt in England verbringt, auf der Rückreise über Deutschland fahren wird, in Berlin Aufenthalt nimmt und bei dieser Gelegenheit dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann, wie dies übrigens selbstverständlich ist, einen Höflichkeitsbesuch abstatten wird. Falls es zu dieser Begegnung der beiden Staatsmänner kommt, wird es sich um keine politische Konferenz handeln, was übrigens auch daraus hervorgeht, daß Dr. Benesch auf Urlaub ist und zunächst nur als Privatperson nach Berlin kommt, aber auch deshalb, weil einem eventuellen Berliner Besuch keine diplomatischen Vorbereitungen oder Vereinbarungen über irgendein Programm vorausgingen.

Zusammenstöße zwischen politischen Demonstranten.

* **Berlin,** 13. Mai. Heute fanden in Berlin Wahlumzüge von Verbänden statt. An verschiedenen Stellen kam es zwischen Stahlhelmern, Kommunisten, Sozialdemokraten, Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten zu Zusammenstößen. Bis abends 8 Uhr wurden 36 Personen sistiert. Am Kurfürstendamm, an dem es mehrfach zu Tätlichkeiten zwischen Demonstranten kam, wurde ein Polizeibeamter, der Kommunisten und Stahlhelmer auseinanderbringen wollte, von einem unbekanntgebliebenen Täter durch einen Messerstich am rechten Schulterblatt verletzt. In Moabit wurde ein kommunistisches Plakat mit einem Ochsenkopf und der Aufschrift „Wähle S. P. D." beschlagnahmt. In Lichtenrade kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. In Köpenik wurden zwei Stahlhelmer von 10 Kommunisten überfallen.

Freispruch im Insterburger Prozeß.

Die Meinung der Sachverständigen.

◆ **Königsberg,** 12. Mai. Im Insterburger Hellseherprozeß gegen Frau Günther-Geffers wurde der Sachverständige Dr. Huwe-Potsdam von der Verteidigung als befangen abgelehnt. Das Gericht gab dem Ablehnungsantrag statt. Nach Abschluß der Beweisaufnahme wurde im Gerichtssaal unter Ausschluß der Oeffentlichkeit und auch der Presse ein zweites Experiment mit der Angeklagten vorgenommen. Sachverständiger Professor Dessoir gab eine Erklärung ab, wonach die fünf Sachverständigen sich auf folgende Sätze geeinigt hätten: „Nach den von uns angestellten Beobachtungen ist der Zustand, den wir heute geprüft haben, nicht als Hypnose anzusprechen. Es liegt aber auch kein Beweis dafür vor, daß die scheinbar hypnotischen Erscheinungen absichtlich vorgetäuscht worden sind. Es ist demnach anzunehmen, daß die Vorgänge auf Autosuggestion beruhen."

Der Sachverständige Professor Dr. Nippe-Königsberg äußerte sich sodann über Einzelheiten des an Frau Günther-Geffers beobachteten Zustandes. Er erklärte, daß Trance-Zustand und Hypnose für ihn wesentlich seien. Er könne den Begriff des Trance-Zustandes nicht kennzeichnen. Einen Fall von Hellsehen hätten die Verhandlungen nicht ergeben. Für ihn gebe es etwas derartiges überhaupt nicht, ebenso wenig wie ein telepathisches Erfassen. Alle solche merkwürdigen Fälle ließen sich auf natürliche Weise erklären. Sodann gab Sachverständiger Professor Dessoir ein längeres Gutachten ab. Auch er gab die Möglichkeit zu, daß der Zustand der Günther-Geffers vorgetäuscht sein könnte. Ein Beweis dafür sei jedoch nicht vorhanden. Nach verschiedenen wissenschaftlichen Erläuterungen wurden vom Vorsitzenden sowie vom Verteidiger mehrere Fragen an den Sachverständigen gerichtet. Dabei kam es zu einem außerordentlich heftigen Zusammenstoß zwischen dem Sachverständigen und dem Verteidiger Dr. Winterberg, der dem Sachverständigen mehrere positive Fälle von Hellseherei vorhielt. Es gebe, so erklärt der Verteidiger, eben gewisse Tatsachen, für die der Mensch keine Erklärungen habe, da die menschliche Vernunft hierzu nicht ausreiche. Auf eine Bemerkung des Oberstaatsanwalts, daß diese Vorhaltungen über den Rahmen des Prozesses hinausgingen, erwiderte der Verteidiger, er müsse diese Vorhaltungen machen, da er festzustellen habe, daß der Sachverständige nicht unterrichtet sei. Er sei vielmehr seit 40 Jahren in veralteten Theorien befangen. Dr. Winterberg protestierte schließlich dagegen, daß Professor Dessoir sein Gutachten auf die Verhandlungen erstrecke, an denen er gar nicht teilgenommen habe. Er beantragte, daß Professor Dessoir zur Begutachtung lediglich über das am Freitag vorgenommene Experiment zugelassen werde. Während der heftigen Debatte erlitt die Angeklagte einen starken Weinkrampf.

Dann begannen die Plaidoyers. Oberstaatsanwalt Eiswald führte in seiner Anklagerede aus, er habe Frau Günther-Geffers dringend im Verdacht, daß

sie eine starke Gabe der Verstellungskunst und Kombination besitze. Der Angeklagten werde man jedoch einen absichtlichen Betrug nicht nachweisen können. Den Antrag, Frau Günther-Geffers für die erlittene Untersuchungshaft eine Entschädigung zu zahlen, lehnte ab. Staatsanwaltschaftsrat Dietrich suchte dann in Einzelfragen die Schuld der Frau Günther-Geffers zu konstruieren und nachzuweisen, daß sie mit Hellseherei nichts zu tun habe, sondern größtenteils nach vorhergegangenen Informationen gearbeitet habe.

Freigesprochen.

Nach der Rede des Verteidigers zog sich das Gericht zur Beratung zurück, und der Vorsitzende verkündete nach 1¾stündiger Beratung das Urteil, daß Frau Günther-Geffers in allen Punkten freigesprochen sei, ebenso ihr Mitangeklagter, der Detektiv Radke. Das Gericht stellte sich im wesentlichen auf den Standpunkt, daß es nicht berufen sein könne, über Telepathie oder Hellseherei ein Urteil zu fällen. Die persönlichen Ausgaben der Frau Günther-Geffers werden von der Gerichtskasse ersetzt. Das Urteil wurde vom Publikum mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Begründung des Urteils.

⊙ **Insterburg,** 13. Mai. In der Begründung des Freispruches gab der Vorsitzende hervor, daß man Frau Winter-Geffers die Betrugsabsichten nicht habe nachweisen können. Andererseits steht das Gericht auf dem Standpunkt, daß die okkulten Fähigkeiten der Frau Winter-Geffers nicht einwandfrei hätten festgestellt werden können. In einer ganzen Reihe von Fällen seien allerdings Erfolge gezeitigt worden. Trotzdem sei nicht zu verkennen, daß die objektiven Merkmale des Betruges gegeben seien. Das Gericht habe aber auf Freispruch erkannt, weil die subjektive Seite nicht nachgewiesen werden konnte.

Abgeordneter Dr. Heß 50 Jahre alt.

Gestern beging der Abgeordnete Dr. Joseph Heß seinen 50. Geburtstag. Dr. Heß ist geborener Kölner und Abiturent des Marzellengymnasiums. Ursprünglich Philologe, ging er später in die Verwaltung über und zwar zunächst als Kreisschulinspektor. 1920 wurde er Oberregierungsrat an der Regierung in Koblenz und später Regierungsdirektor ebendort.

Dr. Heß gehört, obwohl er erst 50 Jahre alt ist, doch schon zu den ältesten Mitgliedern der Preußischen Zentrumsfraktion. Er trat dort 1908 ein und gehört seitdem ununterbrochen dem Landtage an. Sein 50. Geburtstag fällt also fast genau mit seinem Jubiläum der zwanzigjährigen Parlamentszugehörigkeit zusammen. Dr. Heß vertrat damals den Wahlkreis Köln I-Bergheim-Euskirchen. Der Abgeordnete Dr. Heß hat immer zu den aktivsten Mitgliedern der Preußenfraktion gehört. Schon vor dem Kriege hat er wiederholt die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen, damals gehörte er zu den mutigsten und schneidigsten Kämpen für die Rechte des deutschen Katholizismus in Schule und Verwaltung und er hat sich nie gescheut, Wahrheiten, die gesagt werden mußten, zu sagen, auch wenn dabei Schwierigkeiten zu erwarten waren, die seiner als Beamter warteten. Damals gehörte wirklich Mut dazu, der Regierung solche Wahrheiten zu sagen, wie er es wiederholt getan hat. Das katholische Volk dankt ihm noch heute dafür.

Aber erst mit der Mündigkeitserklärung des deutschen Volkes durch die Staatsumwälzung im November 1918 begann die Zeit, wo Dr. Heß seine Kräfte voll entfalten konnte. Der schlagfertige Rheinländer, von urdemokratischen Trieben erfüllt, voll Kampfesmut und mit einer unvergleichlichen Witterung für das politisch Richtige begabt, konnte jetzt erst wahrhaft ausladen. Die Fraktion des Zentrums im Preußischen Landtag verdankt ihm sehr viel, und neben dem allverehrten Präsidenten Dr. Dr. Porsch darf er als eine der markantesten Führergestalten charakterisiert werden.

Am stärksten lockt ihn die „Politik". Und in der Tat: Er ist Politiker durch und durch. Wenn Politik die Kunst des Möglichen ist, dann darf man von ihm sagen, daß er, getragen von der vertrauensvollen Unterstützung der preußischen Landtagsfraktion, unendlich viel erreicht hat und mehr erreicht hat, als sich die Schulweisheit mancher „Kritiker" träumen läßt! Als Parlamentsredner gehört er unstreitig zu den besten des Landtags. Seine Beredsamkeit verleugnet nicht die rheinische Herkunft und gerade darin liegt trotz ihrer oft schneidenden Schärfe doch viel Versöhnendes, liegt ihr Schmelz und ihr Charme.

Das katholische Deutschland ehrt in ihm einen seiner besten und verdienstvollsten Männer.

Eine antideutsche Rede eines Franzosen in Deutschland.

┼ **Berlin,** 12. Mai. Wie der „Lokal-Anzeiger" berichtet, hielt der Präsident der französischen „Liga für Menschenrechte" Professor Basch, am Freitag im ehemaligen Herrenhaus auf Einladung der „Deutschen Liga für Menschenrechte" eine Rede, in der er u. a. ausführte: Es sei nicht wahr, daß Deutschland erfüllt habe. Die militärischen Verpflichtungen habe es, könne man sagen, erfüllt, die Reparationsverpflichtungen nach dem Dawesplan aber habe es nicht erfüllt. Folglich sei es falsch, daß Frankreich räumen müsse. Thoiry sei nur der von Deutschland anerkannte Beweis dafür, daß es noch einen Schritt weiter tun müsse. Alles übrige, was in den deutschen Zeitungen stände, sei Quatsch. Die Liga in Frankreich habe jetzt nicht mehr gegen die Besetzung des Rheinlandes gesprochen. Denn die Besetzung sei nichts weiter als ein Symbol, ein Symbol des Vertrauens (!) dafür, daß Frankreich an den Friedenswillen Deutschlands glauben könne. Weiter heißt es in der Rede: Was deutsche Richter als Landesverrat verurteilten, das bellten die französischen Hunde auf den Boulevards. Deutschland habe den Vertrag von Versailles verraten, und seine Bürger hätten die Pflicht, alles zu verraten, was gegen den Vertrag gehe. Statt die Landesverräter ins Gefängnis zu bringen, müßte man ihnen Lorbeerkränze reichen. Die Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern seien eigentlich gering. Frankreich sei friedlich, sei bereit zur Verständigung. Zur Korridorfrage äußerte der Redner die Ansicht, daß die große Mehrheit der Bewohner des Korridorsgebiets keine Deutschen sondern Polen, Slawen seien.

Selbst die „Frkf. Ztg." bemerkt zu diesen Ausführungen des Professors Basch, „daß Fanatiker der Deutschen Liga für Menschenrechte klüger gehandelt haben würden, wenn sie Herrn Basch aus Paris nicht zu einer Rede gerade vor den Wahlen eingeladen hätten." Der Takt des Herrn Professors scheint nicht hervorragend zu sein.

Um die Erhaltung der Helgoländer Dünen.

⏷ **Berlin,** 13. Mai. Die Differenzen zwischen Helgoland und Preußen, die aus der Diskussion über die Erhaltung der Düne erstanden sind, stehen vor der Beilegung. Preußen hat auf Ersuchen Helgolands einen großzügigen Vertrag entworfen, der der Gemeinde Helgoland soeben zugegangen ist. Der Entwurf geht über die früheren Vorschläge hinaus, er berücksichtigt auch den inzwischen vergrößerten Landverlust auf der Düne, und sieht eine Schutzmauer von der Landungsbrücke der Insel bis zum Nordstrand vor, die der Gemeinde als Strandpromenade Nutzen bringen soll. Preußen bringt dazu bei sofortigem Baubeginn im Laufe von wenigen Jahren 3½ Millionen Mark auf. Die Fertigstellung der Bauwerke im Rohbau kann noch in diesem Jahre erfolgen.

Götzendämmerung.

Wird das Komplott des Schweigens gebrochen?

Von unserem Genfer Vertreter.

jg. **Genf,** 12. Mai 1928.

Die gewaltigen Protestkundgebungen der deutschen Katholiken gegen die Verfolgungen der katholischen Kirche in Mexiko scheinen im neutralen Auslande allmählich den Schleier über dieses von der Freimaurerei sorgfältig gehütete Schäfchen Calles gelüftet zu haben. So bringt neuerdings unter dem Titel: „Das mexikanische Drama" der „Journal de Genève" vom 10. Mai einen sehr bemerkenswerten Artikel, der, von einigen Komplimenten Calles gegenüber abgesehen, festgehalten zu werden verdient. Dem Artikel kommt umso größere Bedeutung zu, als er am Tagungsort des Völkerbundes erscheint und von allen politischen Kreisen Genfs gelesen wird. Man kann daher mit guter Berechtigung sagen, daß in dem internationalen Genf das Schweigen gebrochen worden ist, wenn auch die Mentalität der großen Weltblätter immer noch nicht ihre so „demokratische Haltung für Menschenrechte und persönliche Gewissensfreiheit" aufzugeben Veranlassung nimmt. Hatte schon kürzlich die freisinnige „Neue Züricher Zeitung" mit bemerkenswertem Freimut erklärt, man könne zu Calles stehen, wie man will: auf alle Fälle sei es unerhört, daß Calles katholische Priester z. B. zum Heiraten zwingen wolle, wenn es persönliche Gelübde untersage, so wird der „Journal de Genève" noch etwas deutlicher: Er schreibt unter anderem:

„Präsident Calles leugnet es nicht: seine Regierung wütet mit äußerster Strenge gegen die Priester und Gläubigen, die sich seinen Befehlen nicht unterwerfen. Nach seinen Worten sind 50 Priester durch die Waffen umgekommen. Aber nach anderen Quellen ist eine viel größere Zahl umgekommen. Die religiöse Verfolgung ist an der Tagesordnung. Die Katholiken erdulden Leiden, die verhältnismäßig an die der Hugenotten erinnern. Hier wird ein Vater mit seinen drei Kindern zum Tode verurteilt, weil er sich geweigert hat, an der Zerstörung der monumentalen Christus-Statue durch die Regierungstruppen teilzunehmen, die sich auf dem Berge Cubilete mitten in den mexikanischen Staaten erhebt. Dort wird eine Frau mit 33 Gefährtinnen ins Gefängnis geworfen, weil sie die hl. Messe in ihrer Wohnung hat abhalten lassen. Ueberall Blut und Tod. Alle Leidenschaften sind entfesselt. Rache und Repressalien sind an der Tagesordnung."

Nachdem der Artikel sodann von der mexikanischen Verfassung und den Verdiensten Calles — der nach dem „Journal de Genève" muselmanischer Abstammung sein soll — gesprochen hat, fährt der Artikel weiter:

„Kein Christ, mag er der römischen Kirche angehören oder nicht, könnte letzten Endes gleichgültig bleiben, wenn er vernimmt, daß so viele Morde begangen worden sind, daß so viele Menschen geopfert wurden. Es interessiert heute nicht, ob der Klerus mit seinen Vorrechten Mißbrauch getrieben hat oder nicht: Hunderte von Gläubigen, von Unschuldigen fallen für ihren Glauben als Märtyrer. Märtyrer zu schaffen bedeutet aber für einen Staat nicht nur eine Untergrabung der moralischen, sondern auch der materiellen Lage. Die Geschichte beweist es auf allen ihren Blättern . . . Mexiko will in der Weltpolitik immer eine bedeutendere Rolle spielen. Das ist sein gutes Recht, ja sogar seine Pflicht . . . Aber sein Werk wird vergeblich sein, wenn es nicht durch die Prinzipien der Menschlichkeit unterstützt wird, wenn die Hände, die es vollführen, mit Blut befleckt sind."

Wenn auch in dem Artikel einige kleine Schiefheiten enthalten sind, so darf die katholische Welt doch mit Genugtuung diese Stimme des Genfer Blattes begrüßen und zwar umso mehr, als der Verfasser mit viel Mut hier vor allem der starken Genfer Freimaurerei mittelbar Wahrheiten zu kosten gibt, die möglicherweise zu einer Intervention bei der Zeitung führen können. Wir warten daher noch etwas ab und werden beobachten, ob der Kampf gegen die Freimaurerei, der in Genf sehr heftig geführt wird, zu einem Erfolge führt. Ob allerdings die Mittel und die Methoden der Bekämpfung richtig sind, möchten wir bezweifeln.

Der katholische „Courier de Genève" nimmt die große Protestkundgebung der Berliner Katholiken zum Anlaß, überall zu Protesten aufzurufen und spendet begeistertes Lob der Haltung der deutschen Katholiken. die Nacheiferung verdiene, um die gesamte europäische Oeffentlichkeit aufzuklären. Bei der Betrachtung der oben zitierten Aeußerung des „Journal de Genève" spricht er die Vermutung aus, daß Calles sich durch die Proteste nicht beeinflussen lassen werde. „Ein derartiger Mensch", so schreibt er, „weicht nur der Gewalt. Daher müßten die europäischen Kanzleien mit Energie intervenieren. Aber leider, seitdem es sich nicht mehr um Petroleum handelt . . . !"

Eine Wahlanfechtungsklage vor dem Staatsgerichtshof.

◇ **Leipzig,** 12. Mai. Unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons beschäftigte sich heute der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches mit der Wahlanfechtungsklage der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Gau Mecklenburg-Schwerin. Die Klage richtet sich gegen das mecklenburg-schwerinsche Landesgesetz vom 13. Juli 1927, das einen Passus enthält, nach dem ein Wahlvorschlag von 3000 Wahlberechtigten unterzeichnet sein muß, wenn die Partei im Landtage noch nicht vertreten ist. Außerdem müssen dem Wahlleiter 3000 Mark hinterlegt werden. Wenn kein Abgeordneter gewählt wird, verfällt der Betrag der Staatskasse. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei begründet ihren Antrag damit, daß der Staatsgerichtshof in der Sache Hamburg, Hessen und Mecklenburg-Strelitz in eine Urteil vom 17. Dezember 1927 zu Gunsten der Klagesteller entschieden hat. Der Staatsgerichtshof wies die Einsprüche betr. die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes des Deutschen Reiches als unbegründet zurück. Der Auffassung der mecklenburgisch-schwerinschen Regierung, es handele sich nicht um Rechtsstreitigkeiten nach Artikel 19 der Reichsverfassung, hat sich das Gericht nicht anschließen können. Ueber den Klageantrag selbst wurde keine Entscheidung getroffen. Er wird nochmals einer näheren Prüfung unterliegen und in der Schlußsitzung zur Erledigung gelangen.

Juristenkonferenz in Genf?

× **Berlin,** 12. Mai. Aus Paris werden Mitteilungen verbreitet, wonach die juristischen Berater der Außenministerien der beteiligten Mächte in Genf über die Frage der Vorschläge Kelloggs zusammentreten sollen. Dem gegenüber braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß der englische Staatssekretär des Aeußern deutlich erklärt hat, er habe diese Anregung fallen lassen müssen, schon weil Amerika sie nicht wünsche. Auch an deutschen Stellen ist nichts von der Absicht der Einberufung einer formellen Juristenkonferenz bekannt. Möglich ist es natürlich, daß die juristischen Berater in Genf unter sich Besprechungen pflegen.

Kleine Nachrichten.

Veröffentlichung der Umschuldungsrichtlinien.

◆ **Berlin,** 12. Mai. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht heute die Richtlinien für die Hilfsmaßnahmen des Reiches für Umschuldungskredite.

Eichelwenzel im Poststempel.

┼ **Berlin,** 13. Mai. Aus Anlaß des Internationalen Skatkongresses in Altenburg, der Wiege des Skatspieles, hat die Post dort zur Abstempelung der Postsachen einen besonderen Stempel mit dem Kartenbild Eichelwenzel eingeführt.

Ein Sozialdemokrat feiert einen Diktator.

◆ **Madrid,** 12. Mai. Das spanische Staatsministerium gab Donnerstag abend Albert Thomas zu Ehren ein Festbankett. Primo de Rivera hielt eine längere Ansprach an Thomas und schloß seine Rede auf das Wohl Frankreichs, dessen Regierung, auf das französische Volk und auf den menschlichen Fortschritt. In seiner Erwiderungsrede lobte Thomas den Fortschritt der katalanischen Industrie und die Schönheit Segovias, das er am Nachmittag besichtigt hatte. Albert Thomas hielt am Freitag einen Vortrag über das Internationale Arbeitsamt und Arbeiterfragen.

Hindenburg beim Hindenburg-Jagdrennen in Hannover.

Hannover, 13. Mai. Reichspräsident von Hindenburg traf heute nachmittag, begleitet von seinem Sohn Major von Hindenburg, mit dem Zuge von Berlin kommend in Hannover ein. Der Reichspräsident wurde von dem Präsidium des Rennvereins empfangen und begab sich dann, vom Publikum bejubelt, im Auto zum Rennplatz. Sein Erscheinen in der Vorstandsloge, in der auch die Spitzen der Behörden sich eingefunden hatten, löste wiederholte Hochrufe aus. Der Reichspräsident wohnte drei Rennen, darunter dem Hindenburg-Jagdrennen, bei, und nahm darauf anschließend die Preisverteilung für diese Rennen vor. Nach Schluß des Hindenburg-Jagdrennens verließ der Feldmarschall, stürmisch begrüßt, unter den Klängen des Deutschlandliedes gegen 6 Uhr abends den Rennplatz und fuhr dann nach einem kurzen Aufenthalt beim Rennklub zum Bahnhof, von wo er mit dem fahrplanmäßigen Zuge unter den Klängen des Deutschlandliedes, das von dem auf dem Bahnhof versammelten Publikum angestimmt wurde, Hannover wieder verließ.

Die Frühjahrsausstellung der preußischen Akademie der Künste.

× **Berlin,** 12. Mai. Die Frühjahrsausstellung der preußischen Akademie der Künste wurde heute mittag mit einer Ansprache des Präsidenten der Akademie, Professors Max Liebermann eröffnet. An der Eröffnungsfeier nahmen der italienische Botschafter Aldrovandi, der dänische Gesandte Kammerherr Zahle, als Vertreter der schwedischen Gesandtschaft Legationssekretär Arnander, ferner der württembergische Gesandte Dr. Bosler, der badische Gesandte Honold, der hessische Gesandte Nuß, der mecklenburg-schwerinsche gesandt Schlettwein und der hamburgische Gesandte Senator Dr. Strandes sowie zahlreiche Vertreter der Reichsministerien und preußischen Ministerien teil. Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, sind die beiden von dem preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Becker, für die Frühjahrsausstellung der preußischen Akademie der Künste gestifteten staatlichen Preise im Betrage von je 2000 Reichsmark vom Präsidenten der Akademie Prof. Dr. h. c. Max Liebermann dem Maler August Wilhelm Dreßler in Berlin für sein Bild „Der Maler" und dem Bildhauer Prof. Christoff Voll in Saarbrücken für seine große Figur „Badende" zugesprochen worden.

Der Hochverratsprozeß gegen Braun und Genossen.

Leipzig, 12 Mai. Im Hochverratsprozeß gegen Braun und Genossen wurde, nachdem die Vernehmung der Angeklagten am Donnerstag abgeschlossen worden war, am Freitag mit der Zeugenvernehmung begonnen, die auch heute fortgesetzt wurde. Die Vernehmung verschiedener Polizeibeamter ergab keine schlüssigen Beweise für die Behauptung, daß der Angeklagte Ganz den Dienst der K. P. D. in München geleitet habe. Ein den Ganz belastendes Schreiben wurde von diesem als im Auftrag der Polizei hergestellte Spitzelarbeit bezeichnet. Die Frage der Verteidigung, ob den Beamten bekannt sei, daß die Münchener Polizei nichtbeamtete Personen als Spitzel in die K. P. D. entsandt habe, wurde von den Beamten verneint. Eine weitere Frage der Verteidigung, ob den Beamten bekannt sei, daß und wie viele Hochverratsprozesse gegen Angehörige der Rechtsorganisationen im Dienstbereich der Münchener Polizei angestrengt worden seien, verweigert ein Zeuge die Aussage. Ein Senatsbeschluß erklärte diese Frage des Verteidigers als unzulässig, weil sie mit der zu verhandelnden Sache nicht in Zusammenhang stehe. Ein Fräulein Vogel, die frühere Braut des Ganz, die als Stenotypistin in der kommunistischen Parteizeitung in München tätig war, sagte aus, daß Ganz einmal mit Braun, dessen Photographie ihr vorgelegt wurde, in München zusammengetroffen sei. Daß Ganz von Versetzungsarbeit in der Reichswehr nach Berlin berichtet habe, wisse sie nicht. Auf eine frühere dementsprechende Aussage könne sie sich nicht mehr besinnen.

Die „Bremen"-Flieger in Chicago.

÷ **Chicago,** 12. Mai. Zum heutigen offiziellen Empfang der „Bremen"-Flieger sind Tausende von auswärts herbeigeströmt. Es herrscht festtägliches Gedränge in den Straßen der ganzen Stadt, die in ein Meer von Flaggen getaucht ist. Flaggen wehen von den Automobilen, Taxametern, Hochbahnen, aus den Fenstern der Häuser. Die „Bremen"-Flieger begaben sich an der Spitze des Festzuges durch jubelnde Menschenmassen zum Soldier-Field, wo der Bürgermeister und andere hervorragende Persönlichkeiten Ansprachen hielten. Deutsche und irische Vereinigungen entboten den Fliegern Sängergrüße.

Die Flieger legten an den Denkmälern Washingtons und Lincolns Kränze nieder. Sie folgten dann einer Einladung des deutschen Generalkonsuls Dr. Simon zu einem Empfang, an dem auch der Bürgermeister von Chicago Thomanson und Prof. Junkers mit seiner Gattin teilnahmen. Generalkonsul Simon begrüßte die Flieger mit einer kurzen Ansprache. Später fand ein Besuch der in den beiden Turnhallen von Chicago versammelten deutsch-amerikanischen Gesellschaften statt, an dem ebenfalls der Bürgermeister teilnahm. Im Laufe des Tages weihten die drei Flieger eine Luftfahrt-Blinkfeueranlage ein, die den Namen „Bremen"-Beacon erhielt.

Der Empfang der Flieger wird als eine der größten und spontansten Kundgebungen in der Geschichte der Stadt Chicago bezeichnet. Gouverneur Small fuhr in dem Festzug mit. Auch Militär nahm daran teil. Besonders bemerkt wurde ein Prunkwagen mit Riesenflugzeug aus Blumen, die die Entwicklung des Flugwesens versinnbildlichten. In dem Riesenstadion auf dem Soldiers Field waren die Vereinigungen so aufgestellt, daß ihre farbigen Kopfbedeckungen deutsche, amerikanische und irische Riesenflaggen bildeten. Auch die Mitte des Stadions bot ein farbenprächtiges Bild. Dort hatten Schulkinder in deutschen, irischen und amerikanischen Trachten Aufstellung genommen. Auch Indianergruppen nahmen an der festlichen Veranstaltung teil.

Von Nah und Fern.

Ida Boy-Ed †.

× **Lübeck,** 13. Mai. Die Schriftstellerin Ida Boy-Ed ist im Alter von 76 Jahren nach schwerem Leiden an Herzschwäche gestorben.

Temperatursturz in Berlin.

◇ **Berlin,** 12. Mai. In den frühen Nachmittagsstunden gingen hier starke Regen- und Hagelmengen nieder. Das Thermometer sank in wenigen Minuten von 7 auf 4,5 Grad.

Ein Mittäter des Posträubers Hein verhaftet.

⏷ **Berlin,** 12. Mai. Nach langen Bemühungen ist es der Jenaer Polizei gelungen, festzustellen, daß an dem am 4. Dezember 1927 auf das Postamt in Klosterlausitz verübten Raubüberfall außer den in Haft befindlichen Verbrechern Hein und Larm ein dritter Täter in Frage kommt, der jetzt überführt und ebenfalls festgenommen wurde. Er war auch an dem in der Nacht vom 30. Nov. v. J. in Weimar verübten Einbruchsdiebstahl beteiligt, bei dem ein Geldschrank gesprengt und dabei das ganze Bureau verwüstet wurde. Der Name wird von der Polizei nicht genannt, doch handelt es sich um eine nur beschränkt erwerbsfähige Person, die von Larm verführt wurde.

Neue Wendung im Kolomak-Prozeß.

⏷ **Berlin,** 12. Mai. In dem Bremer Prozeß gegen die Schuhmachersfrau Kolomak, die in erster Instanz wegen Kuppelei zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden war und der am 5. Mai in zweiter Instanz vor dem Landgericht Bremen erneut zur Verhandlung kommen sollte, hat eine Hauptbelastungszeugin Frau Ziesner, die nach Holland auswandern will, jetzt, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, erklärt, sie könne die belastenden Aussagen, die sie in der ersten Instanz gegen Frau Kolomak gemacht hat, nicht mehr aufrechterhalten. Das Gericht wird, wie die Korrespondenz erfährt, auch nach dieser Richtung hin, noch einmal die Voruntersuchung aufnehmen.

Ein Landbundführer wegen Aufforderung zum Steuerstreik verurteilt.

◇ **Schwerin,** 12. Mai. Der Geschäftsführer Brehmer des mecklenburgischen Landbundes wurde gestern von der Schweriner Strafkammer wegen Aufforderung zum Steuerstreik zu einer Geldstrafe von 700 Mark verurteilt.

Bahnfrevel.

Breslau, 12. Mai. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Am 12. Mai mittags wurde vom Personal eines Güterzuges zwischen Lichtenau und Lauban kurz vor Befahren durch den Personenzug 727 (Richtung Hirschberg) ein zwischen Schienen und Zwangsschiene eingeklemmter schwerer Stein und Steinschlag abgeräumt. Die Untersuchung ist eingeleitet

Wein- und Obstschäden durch Frost.

× **Freiburg,** 12. Mai. Durch die starken Dachfröste der letzten Tage insbesondere der Nacht zum heutigen Sonnabend, haben die Weinberge des Markgräflerlandes schwer gelitten. Aus zahlreichen Weinorten kommen Berichte, denen zufolge die Reben vollständig erfroren sind, sodaß mit einem vollständigen Verlust der Ernte in diesen Orten gerechnet werden muß. Vom Kaiserstuhlgebiet kommen ähnliche Nachrichten. Dort haben vor allen Dingen auch die Kirschbäume unter dem starken Frost sehr zu leiden gehabt.

Blutiger Kampf zwischen Polizei und einem Verbrecher.

○ **Hamburg,** 12. Mai. Als Kriminalbeamte gestern abend in einem Hause der Elbstraße den 25jährigen Alfred Schuldt, der vor einiger Zeit aus einem Gefängnis entwichen war, festnehmen wollten, ging dieser, unterstützt von seinen Angehörigen, tätlich gegen die Kriminalbeamten vor. Letztere erhielten durch herbeigeeilte Ordnungspolizisten Unterstützung, und es entwickelte sich nun in der Wohnung ein regelrechter Kampf. Dabei machte Schuldt zwei Beamte kampfunfähig und drängte einen dritten Beamten an das Fenster der im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung, um ihn hinauszuwerfen. In dem Augenblick höchster Gefahr gab ein Kriminalbeamter einen Schuß auf Schuldt ab, der diesen in den Rücken traf und ihn zwang, von dem Beamten abzulassen. Der Verletzte wurde in ein Krankenhaus geschafft.

Seine Kinder ermordet und dann Selbstmord verübt.

◇ **Hof,** 12. Mai. Gestern nachmittag erdrosselte der 28jährige Fabrikarbeiter Kohout am Otterberg seine beiden Kinder im Alter von 1½ Jahren, bzw. 13 Wochen. Darauf traf er sich mit seiner Frau und führte sie an den Tatort. Diese nahm die beiden toten Kinder mit nach Hause. In der Nacht zum Sonnabend verübte Kohout dann Selbstmord, indem er sich vom Zug überfahren ließ. Die Tat ist auf einen Wortwechsel mit seiner Frau zurückzuführen, wegen eines Briefes, der an Kohout adressiert und von der Frau geöffnet worden war.

Die Ueberschwemmungskatastrophe in Ostmazedonien.

┼ **London,** 13. Mai. Nach Meldungen aus Athen nimmt die Lage im östlichen Mazedonien, wo bereits 130 Dörfer von den Fluten des Struma-Flußes überschwemmt sind, immer größere Formen an. 5000 Obdachlose fliehen in die großen Städte. Zahllose Dörfer, die von der Flut noch nicht erfaßt sind, sind von den Bewohnern verlassen worden.

Die Italia erneut startbereit.

:: **Kingbay,** 13 Mai. Obgleich die Wetterlage bei Franz-Josefs-Land und Leninland heute im ganzen günstig erscheint, sind die Wetterverhältnisse in Kingsbay sehr schlecht. Starker Südwind, dichter Nebel und Schnee machen jedes Manöverieren des Luftschiffes unmöglich. Trotz des hohen Schnees wird weiter Material von der Citta di Milano nach der Luftschiffhalle gebracht. Matrosen und Alpenjäger arbeiten unermüdlich in vollem Einvernehmen.

Explosion in einer Waschanstalt.

() **Newyork,** 12. Mai. In Kokomo im Staate Indiana explodierte in einer Waschanstalt eine Dampfbügelanlage. Das Gebäude, in dem sich die Waschanstalt befand, wurde zerstört. In der Dampfbügelanlage arbeiteten etwa 25 Frauen und Mädchen. Von diesen wurden vier getötet, sechs schwer verletzt und 15 wurden durch die ausströmenden Dämpfe verbrüht. Durch die Kraft der Explosion wurden schwere Eisenstücke straßenweit weggeschleudert.

Schwerer Zyklon über Brasilien.

┼ **London,** 13. Mai. Wie die in Buenos Aires erscheinende Zeitung „La Prensa" aus Rio de Janeiro meldet, ging über das Gebiet von Palma und Barana in Brasilien ein schwerer Zyklon nieder. Eine große Anzahl von Häusern sind hinweggerissen worden. Zahlreiche Personen wurden getötet und verletzt. Weitere Einzelheiten fehlen noch.